

AG 1 „Integrationsarbeit als Netzwerkpartnerschaft“

Von der punktuellen zur strukturellen Beteiligung von Migrant*innenorganisationen vor Ort

Roland Roth

„Vernetzung“ ist zu einem politischen Zauberwort avanciert. Es verspricht die Gleichberechtigung der Teilnehmenden, den Kostenträgern weitgehende Kostenfreiheit und eine Koordination auf Augenhöhe. Im kommunalpolitischen Alltag werden Netzwerke inzwischen auch gefürchtet, denn in der Praxis zeigt sich oft die Kostenseite: hoher Zeitaufwand, unklare Verantwortlichkeiten und geringe Verbindlichkeit. Nicht selten bleiben in solchen Netzwerken die professionellen Akteure aus Verwaltung, Einrichtungen und Dienstleistungsorganisationen unter sich, nachdem sich die Freiwilligen und Ehrenamtlichen den Aufwand nicht mehr leisten können.

In der Integrationspolitik gibt es inzwischen Standards für die lokale Netzwerkarbeit. Ein zentrales Dokument sind dabei die Empfehlungen der Kommunalen Spitzenverbände, die einen weitgehenden Konsens in Praxis und Forschung dokumentieren. Die Unterstützung lokaler Netzwerke für Integration ist die zweite von zehn Empfehlungen der Kommunalen Spitzenverbände zum Nationalen Integrationsplan. Darin wird bereits der hohe Stellenwert deutlich, der Netzwerken inzwischen in der lokalen Integrationspolitik beigemessen wird. Dabei wird den Kommunen empfohlen, dass die Kommunalverwaltung bzw. die Kommunalpolitik „als zentraler Akteur zur Koordinierung und Abstimmung der verschiedenen Integrationsbemühungen“ auftritt. Es geht also nicht um ein unverbindliches Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteure, das der Kommune gelegentlich Empfehlungen und Anregungen gibt, sondern um ein Netzwerk gemeinsam mit Migrant*innenorganisationen, das politische Koordinations- und Steuerungsaufgaben übernimmt.

Migrant*innenorganisationen werden auch in den weiteren Empfehlungen der Kommunalen Spitzenverbände hervorgehoben. In der vierten Empfehlung „Integration durch Partizipation und bürgerschaftliches Engagement“ wird auf die besonderen Kompetenzen von Zuwanderern gesetzt (als Multiplikatoren, Konfliktmoderatoren, Integrationslotsen etc.), die besonders in freiwilligen Vereinigungen erworben werden können. In der siebten Empfehlung wird die Netzwerkbildung als Mittel zur Förderung des „Zusammenlebens zwischen den Bevölkerungsgruppen“ angeraten. In der neunten Empfehlung geht es um die Unterstützung von lokalen „Netzwerken gegen Extremismus und für Toleranz“.

Aber auch in den anderen Integrationsschwerpunkten, in denen Migrant*innenorganisationen nicht explizit genannt werden, lassen sich unschwer Aufgabenfelder von Netzwerken erkennen:

- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung (3). Migrant*innenorganisationen übernehmen häufig Aufgaben, die Regeldienste nicht erfüllen können, weil es ihnen an Personal und an interkulturelle Kompetenz fehlt. Gelegentlich wirken sie, wie schon im Eingangsreferat betont, als „Ersatz“ für die ausgebliebene oder doch schwergängige interkulturelle Öffnung der kommunalen Dienste und Einrichtungen.
- Sprache und Bildung (5). Dieses Feld ist längst zu einem zentralen Bereich des bürgerschaftlichen Engagements von Migrant*innen und Migranten geworden. Eine Berliner Auswertung des Freiwilligensurveys hat ergeben, dass dieser Bereich inzwischen in der Hauptstadt der mit Abstand größte Engagementbereich ist. Zusätzlich gewinnen lokale Vernetzungen eine zunehmende Bedeutung. „Kommunale Bildungslandschaften“ sind zu einem breit wahrgenommenen Konzept geworden, das auf lokale Kooperation und Vernetzung aller Bildungsträger und die Öffnung der Schulen in Richtung Gemeinwesen setzt. Dies gilt auch für kleinere Formate von Stadtteilmütterprojekten bis zu integrierten Sprachführern. Programme wie „Lernen

vor Ort“ haben erheblich zur Verbreitung von Bildungslandschaften beigetragen. Gute Beispiele sind inzwischen zahlreich. In Offenbach wird unter dem Titel „Eltern machen Schule“ auf die konsequente Einbeziehung der Eltern in den Schulalltag ihrer Kinder gesetzt.

- Berufliche Integration (6). Hier geht es zentral um die Vernetzung von Schulen, Betrieben und Trägern beruflicher Bildung, die das „Übergangsmanagement“ als gemeinsame Aufgabe begreifen. Das gemeinsame Aufgabenfeld reicht von frühen Berufsorientierung in der Grundschule bis zur gezielten Öffnung des Öffentlichen Dienstes für Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund – wie etwa durch die Kampagne „Berlin braucht Dich!“.
- Förderung lokaler ethnischer Ökonomie (8). Selbständigkeit bietet nicht besondere Integrationschancen (inklusive Ausbildungspotential) für Zugewanderte. In avancierten Konzepten der Wirtschaftsförderung werden auch die besonderen Potentiale der Betriebe von Zugewanderten entdeckt, die Brücken zur Herkunftsgesellschaft bauen und damit neue Märkte erschließen können.
- Information und Evaluation (10). Migrantenorganisationen und ihre Netzwerke sind wichtige Multiplikatoren für lokale Integrationsangebote. Wenn Kommunen Formen der partizipativen Evaluation bzw. Empowerment-Evaluation ihrer Angebote nutzen, können die Perspektiven und Erfahrungen der Zuwanderer zur wichtigen Quelle für die Weiterentwicklung lokaler Dienste und Infrastruktur, aber auch für Vereinsangebote werden.

Es herrscht also kein Mangel an großen Erwartungen in eine von Vernetzung geprägten kommunalen Integrationspolitik. Bereits die Empfehlungen der Kommunalen Spitzenverbände setzen auf eine strategisch-konzeptionelle Ausrichtung, um die Potentiale vernetzten Arbeitens auch erschließen zu können. Solche Perspektiven bieten auch einzelne Landesprogramme, wie „KOMM-IN“ seit 2005 in NRW oder die Modellregionen in Hessen.

Auf dem Wege von punktuellen Ansätzen zur strategisch orientierten Vernetzung sind zahlreiche praktische Hürden und Stolpersteine zu nehmen. Die in den Empfehlungen enthaltene Zuständigkeit und Letztverantwortung lokaler Politik und Verwaltung gilt es gerade in Vernetzungen ernst zu nehmen. Vermeidbar ist auch die Illusion, für Vernetzungen seien keine (zusätzlichen) Ressourcen nötig. Ohne zusätzlichen personellen Aufwand gibt es keinen gesicherten Informationsfluss und keine Netzwerksteuerung. Zudem braucht es zusätzliche Mittel, die den Beteiligten Gestaltungsspielräume signalisieren und die gemeinsame Handlungsfähigkeit sicher stellen.

Stolpersteine gibt es auch in diesem kommunalen Handlungsfeld reichlich:

- Verknüpfung der Netzwerke mit der Kommunalverwaltung. Integrationsbeauftragte werden häufig mit der Wahrnehmung von Spezialinteressen identifiziert und der Anspruch zurückgewiesen, es handle sich um eine für die Zukunft der Gemeinde bedeutsame Querschnittsaufgabe.
- In Wohlfahrtsverbänden und ihren Einrichtungen ist immer damit zu rechnen, dass sie im traditionellen Fahrwasser verbleiben und für, aber nicht mit Migranten agieren.
- Auch das lokalen Vereinswesen ist nicht unbedingt ein Hort der Integration. Die Öffnung von Mehrspartenvereinen für die Sportarten der Zugewanderten gelingt nicht immer, von den Barrieren bei Traditionsvereinen einmal ganz abgesehen.
- Ehrenamtliche Netzwerke sind durch Fremdnutzung und Abschottung bedroht, können aber auch ein Gegengewicht zu Kommerzialisierung und Bürokratisierung, zu Korporatismus und professioneller Deformation sein. Entscheidend ist die Qualität der Verbindungen, die Offenheit, die Art der Kopplungen (Interessenanlagerungen).
- Schwache Akteure benötigen öffentliche Unterstützung (z.B. für einen kleine hauptamtlichen Apparat, für Raummieten etc.), um dauerhaft an Netzwerken

mitzuwirken, die überwiegend von Professionellen betrieben werden (Zeitaufwand, Abkömmlichkeit, Anwesenheit). Internetkommunikation kann dabei zusätzlich hilfreich sein.

- Netzwerke benötigen Pflege und Management. Sie sind alles mögliche, nur keine Selbstläufer.

Aber der Übergang zur Netzwerkpartnerschaft kann durchaus gelingen. Ein Beispiel bietet das Netzwerk für Migration und Integration des Landkreises Emsland, das seit 2002 alle regionalen Akteure der Integrationsarbeit einbezieht. Koordiniert wird es von der Leitstelle für Integration des Kreises, die die Kontinuität sichert. Jährliche regionale Treffen mit der Vorstellung laufender Projekte und aktueller Handlungsfelder sorgen für einen gemeinsamen Informationsstand und bieten wechselseitige Anregungen. Eine Integrationsdatenbank sichert in der Zwischenzeit den Informationsfluss. Hinzu kommen themenspezifische Netzwerke wie das „Kindernetz Emsland“, das sich um Frühförderung kümmert, oder „MiMi - mit Migranten für Migranten“ im Gesundheitsbereich.

Dieses Beispiel verdeutlicht erneut die Funktionsbedingungen solcher Netzwerke. Sie bieten einen Informationsaustausch, wie er in einem dynamischen und unübersichtlichen Feld mit einer Fülle wechselnder Projekte, Programme etc. von Stiftungen, der öffentlichen Hand unabdingbar ist. Persönliche Kontakte schaffen Vertrauen und soziales Kapital. Hauptamtliche Koordination sorgt für eine verlässliche Infrastruktur unabdingbar – hier als Kreisaufgabe, die kreisangehörige Gemeinden unterstützt. Sie durch internetgestützte Informationsvermittlung zu ergänzen, hat sich gerade auch in Landkreisen und Großstädten als sinnvoll erwiesen. Ein Monitoring regionaler und überregionaler Entwicklungen (Impulse, Projekt- und Programmmittel etc.) hilft den Beteiligten des Netzwerks bei ihrer alltäglichen Arbeit. Ich bin gespannt auf die guten Beispiele aus Bayern.